Leipziger Chronik (Teil 2)

Unter dem Titel »Die Mücke« haben Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Menschenrechte und des Arbeitskreises Gerechtigkeit in Leipzig eine umfangreiche Dokumentation über ihre Arbeit im letzten Jahr (seit Februar 1988 bis zu der Freilassung der im Januar Verhafteten) zusammengestellt. Diese Dokumentation schildert in aller Ausführlichkeit die Entwicklung der Arbeit in Leipzig, ihre Konflikte mit dem Repressionsapparat des Staates, sowie ihre Diskussionen mit der Kirchenleitung. Der erste Teil dieser Dokumentation ist im »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 6 (S. 8 ff.) erschienen. Eine Reihe in der Dokumentation nochmals publizierter Texte sind bereits im »Ost-West-Diskussionsforum« veröffentlicht worden. In diesen Fällen verweisen wir nur auf die entsprechende Veröffentlichung. -g.k.b-

„Was war los in Leipzig ?" EINE CHRONIK

11. 9.

Mitarbeiter des »Arbeitskreises Gerechtigkeit« organisieren als Staatsbürger der DDR die Teilnahme einer Gruppe von etwa 50 BürgerInnen am UNICEF-Lauf »Sport Aid«, da sie nicht verstehen, warum neben Chile, Rumänien und Südafrika auch die DDR offiziell nicht teilnehmen will. 124 Länder (darunter die Sowjetunion) beteiligen sich offiziell an dem Lauf. 50 Menschen Leipzigs setzen ein Zeichen unserer Mitschuld an der Armut der Zwei-Drittel-Welt und für eine Unterstützung der Armen. Das Startgeld ging – wie in einem Gespräch mit staatlichen Vertretern diesen mitgeteilt wurde – an »Brot für die Welt« (s. »Streiflichter« v. 20. 9. 1988).

29. 9.-2. 10.

In der Philippuskirchgemeinde findet die 1. Leipziger Zukunftswerkstatt statt (s. »Streiflichter«, Okt. 1988, »Kontakte«, Okt. 1988).

3. 10.

Nach dem Friedensgebet kommt es auf dem Nikolaikirchhof zum ersten Meeting über aktuelle Fragen der Gesellschaft, da diese Fragen wiederholt aus dem Informationsteil der Friedensgebete entfernt wurden.

7. 10.

Ein Meeting von 80 AntragstellerInnen zu Menschenrechtsfragen auf dem Thomaskirchhof wird durch geschickten Einsatz ziviler Sicherheitskräfte im Ansatz gesprengt.

10. 10.

Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche werden vor etwa 200 Menschen von BasisgruppenmitgliederInnen ein Beschluß zu gesellschaftlichen Fragen der Synode des Bundes der ev. Kirchen in der DDR verlesen und weitere aktuelle Informationen gegeben, die in der Kirche nicht angesagt werden durften.

17. 10.

Nach dem Friedensgebet veranstalten 300 Menschen auf dem Nikolaikirchhof ein Meeting über die Zensur der Kirchenzeitungen und den verhinderten Schweigemarsch von 200 Personen in Berlin am 10. 10. Ein Briefentwurf an den Staatssekretär für Kirchenfragen Dr. K. Löffler wird vorgestellt und angenommen:

„Staatssekretär für Kirchenfragen
Herr G. Löffler
(Adresse)

Leipzig, am 17. 10. '88

Sehr geehrter
Herr Staatssekretär!

Am 10. 10. '88 fand in Berlin eine friedliche Demonstration gegen die fortgesetzte Zensur in evangelischen Kirchenzeitungen statt. Der Demonstrationszug wurde nach wenigen Metern von zivilen und uniformierten Sicherheitskräften gestoppt und die mitgeführten Plakate heruntergerissen.

Im folgenden Handgemenge wurden auch in der DDR akkreditierte Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Arbeit behindert.

80 Personen wurden vorläufig festgenommen. Entgegen der ADN-Meldung, daß alle Festgenommenen gegen 21.00 Uhr entlassen wurden, waren die letzten Beteiligten erst 0.15 Uhr frei.

Wir sind der Meinung, daß auch in der DDR eine friedliche Demonstration möglich sein muß !

Wir unterstützen den Protest der Berliner Christen. Wir erwarten von den kommenden Gesprächen zwischen Kirche und Staat die verbindliche Zusage, daß Eingriffe in kirchliche Publikationen in Zukunft unterbleiben.

274 Unterschriften"

20. 10.

Beate Fahrnländer, Manfred Fahrnländer und Axel Holicki werden wegen des Meetings vom 17. 10. zugeführt; am 21. 10. wird Stefan Fahrnländer zugeführt; am 24. 10. wird Thomas Baumann (alle sind MitarbeiterInnen des »Arbeitskreises Gerechtigkeit«) zum Amt für Inneres bestellt. Von dort wird er durch Mitarbeiter des MfS auf die Dimitroffstraße zugeführt.

23. 10.

Andree Botz, Michael Arnold und Andreas Radicke von der Initiativgruppe Leben werden zugeführt und zur Arbeit ihrer Basisgruppe befragt.

24. 10.

Während des Friedensgebetes in der Nikolaikirche gehen etwa 15 BasisgruppenmitgliederInnen in den Altarraum. Sie tragen Kerzen und Plakate folgenden Inhalts:

„Wir mahnen, an die zu denken, die gehen mußten"

„Wir mahnen, die Wahrheit zu sehen"

„Wir mahnen uns, danach zu handeln"

„Mündigkeit verpflichtet – ziviler Ungehorsam"

Im Anschluß an das Friedensgebet wollen sie eine Erklärung abgeben. Dies wird ihnen vom anwesenden Superintendenten Magirius verwehrt. Daraufhin verlassen sie mit den Plakaten die Kirche und verlesen die Erklärung vor etwa 450 Personen auf dem Nikolaikirchhof. In ihr heißt es u.a.:

„Unsere Arbeit in den Gruppen ist getragen durch den von Christus gelebten Glauben an Menschlichkeit und Menschenwürde. Wir brauchen die Solidarität aller, die auf verschiedenste Art und Weise nach diesen Werten suchen und leben möchten. Wir können nicht mehr nebeneinander für dasselbe wirken wollen. Es ist Zeit, sich zu engagieren, weil wir jetzt leben und nicht mehr lediglich auf Veränderungen

in der Zukunft hoffen können.

Die Angst der Menschen vor ihrer Umwelt und vor sich selbst wächst ständig. Die Kluft zwischen persönlichem Denken und Fühlen und dem Handeln nach Normen, suggestierten Wünschen und gesellschaftlichen Ansprüchen nimmt immer mehr zu. Angst und Zwiespalt zerstören Lebenssinn und menschliche Beziehungen.

Wir können dem nur durch gemeinsames, bewußtes, neues Handeln und Umsetzung unserer Erkenntnisse begegnen.

Unsere Forderungen nach Veränderungen müssen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sichtbar werden.

Die Arbeit der kirchlichen Basisgruppen ist ein versuchter Weg, an den alles umfassenden Themen Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten.

Sie basiert darauf,

– sich gegenseitig anzuregen und zu motivieren

– Probleme gemeinsam zu tragen und im Handeln nicht allein zu sein.

Auch wenn diese Arbeit von verschiedenen Seiten in der Kirche weder geachtet, anerkannt oder gar gefördert wird, gilt es, diesen minimalen Freiraum in diesem Land zu nutzen.

Es liegt an uns, – die Kirche immer wieder an ihre im Evangelium verankerte und von Christus gelebte Aufgabe zu erinnern, – sich dem Menschen und seiner Umwelt zuzuwenden.

Wir bitten Euch, diese Worte anzunehmen und sie nach eigenem Ermessen umzusetzen."

26. 10./4. 11.

Wegen ihrer aktiven Teilnahme am Meeting vom 24. 10. werden am 26. 10. Katrin Hattenhauer, Rainer Müller (beide »Arbeitskreis Gerechtigkeit«), Uwe Schwabe und Frank Sellentin (beide »Initiativgruppe Leben«) zugeführt; am 31. 10. wird Anita Unger (»Initiativgruppe Leben«) zugeführt; bereits am 27. 10. wird Gesine Oltmanns (»Arbeitskreis Gerechtigkeit«) zugeführt. Am 1. 11. wird Jochen Läßig (»Arbeitskreis Gerechtigkeit«) „zwecks Klärung eines Sachverhaltes" vorgeladen, am 4. 11. wird Uwe Schwabe erneut vorgeladen.

Am 17. November erhalten die Zugeführten Ordnungsstrafverfügungen, Rainer Müller und Gesine Oltmanns über je 500,75 M; Frank Sellentin über 400,75 M; Jochen Läßig über 200,75 M; Anita Unger und Katrin Hattenhauer über je 150,75 M. Uwe Schwabe erhält einen Verweis.

In der Ordnungsstrafverfügung heißt es: *„Sie haben am 24. Okt. 1988 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie in 7010 Leipzig, Nikolaikirchhof an einer Versammlung teilnahmen, durch die die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt wurde und gesellschaftliche Interessen mißachtet wurden."*

„Begründung: *Wer vorsätzlich das sozialistische Zusammenleben der Bürger stört, indem er eine Zusammenkunft, die geeignet ist, gesellschaftliche Interessen zu mißachten oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu beeinträchtigen, organisiert, in sonstiger Weise daran mitwirkt, kann mit Ordnungsstrafe belegt werden."*

Ende November

legen die Betroffenen Beschwerde ein. Am 19. 12. erfolgt die Ablehnung der Beschwerde. Am 2. 1. trifft eine Mahnung zur Zahlung ein, durch die sich der Betrag um 10,- M (Mahngebühren) erhöht:

„Mahnung

Sie haben Ihre Zahlungspflicht nicht eingehalten und hierfür auch keine Gründe angegeben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ohne weitere Mahnung die Vollstreckung erfolgt, wenn Sie bis zum 16. 1. '89 keine Zahlung leisten."

Bis Mitte Februar wurde weder der Betrag gezahlt, noch vollstreckt (also gepfändet).

29. 10.

Von der Initiativgruppe Leben, dem Arbeitskreis Gerechtigkeit und der Aktion Sühnezeichen wird der 1. Abend zur Solidarität mit dem rumänischen Volk durchgeführt. Ein Protestschreiben wird verfaßt (abgedruckt im »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 5; S. 30).

31. 10.

Die Initiativgruppe Leben und die Arbeitsgruppe Menschenrechte veranstalten in der Lukaskirchgemeinde mit 350 Personen einen Abend zum Sozialen Friedensdienst.

6. 11. bis 16. 11.

Friedensdekade

9.11.

Aus Betroffenheit über den Zustand unserer Gesellschaft formiert sich nach dem Friedengebet zum Pogromgedenken, als eine »Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR«, ein Schweigemarsch. Der Zug von 200 Personen führt von der Nikolaikirche zum Gedenkstein an der ehemaligen Synagoge. Am Gedenkstein werden Kerzen niedergestellt. Dem Zug durch die Innenstadt wird von der Polizei die Straße freigehalten. Über die Gründe und Hintergründe des Schweigemarsches gibt ein Flugblatt Auskunft. (Wortlaut in: »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 5, S. 10.)

11. 11.

In der Nikolaikirche findet der »Abend für den Frieden« statt. Er wird allgemein als Höhepunkt der Friedensdekade angesehen. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Ständen wird von 1 000 Personen der Fragen nach Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Umwelt gedacht. Bedauerlich war, daß leider einige Gruppen erneut ausgegrenzt wurden. So wurde dem »Arbeitskreis Gerechtigkeit« von Pfarrer Führer die Genehmigung zur Aufstellung dreier Tafeln zur Ausreiseproblematik kurzfristig wieder entzogen. Kurzerhand entfernte er auch die von einem Mitarbeiter der AGM an einer Klagemauer angebrachten Bilder über die Polizeieinsätze gegen friedliche Demonstranten in Prag.

13. 11.

In der Reformierten Kirche wird von der AG Umweltschutz, dem Christlichen Umweltseminar Rötha und dem Jugendpfarramt Leipzig mit 500 Personen »Ein Tag für Espenhain« veranstaltet. Stände, Vorträge und eine Podiumsdiskusion gaben Auskunft über den Zustand der Region Borna/Espenhain. Die Aktion »Eine Mark für Espenhain« als Zeichen dafür, daß die Braunkohleschwelerei in Espenhain rekonstruktionsbedürftig ist, wurde erneut unterstützt (s. »Streiflichter«, November 1988).

15. 11.

MitarbeiterInnen des Arbeitskreises Solidarische Kirche gestalten einen Informationsstand über Rumänien.

17. 11.

Familie Kleinschmager und Marion Klement werden inhaftiert, nachdem sie Ausreise-Antragsteller für den 20. 11. zu einem „Schaufensterbummel" mit anschließender Diskussion über in der DDR tabuisierte Themen aufgerufen haben sollen.

19. 11.

Am 2. Leipziger Tag zum konziliaren Prozeß werden die Ergebnisse von Magdeburg besprochen.

20. 11.

In der Karl-Tauchnitz-Str. treffen sich Ausreise-AntragstellerInnen zum „Schaufensterbummel" (s.o.). Nach einer Aufforderung durch die Sicherheitskräfte, sich zu zerstreuen, setzten sich trotzdem etwa 60 Personen Richtung Innenstadt in Bewegung. Nach massivem Polizeieinsatz löst sich die Gruppe auf. 22 Personen, darunter auch ein 15jähriger Junge, der auf dem Weg zum Zoo war, werden zugeführt. 8 Personen erhalten Ordnungsstrafbescheide zwischen 100,- und 500,- Mark, weil sie *„in sonstiger Weise an einer Zusammenkunft teilgenommen"* haben, *„die geeignet war, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu beeinträchtigen"*.

20. 11.

Der DDR-weite Aufruf, wegen der Relegationen und Schulstrafen gegen Schüler der Berliner EOS »Carl-von-Ossietzky« am 27. 11. einen Aktionstag durchzuführen, wird bekannt. Von folgenden Leipziger Basisgruppen wird der Aufruf mitgetragen: Arbeitsgruppe Friedensdienst, Arbeitsgruppe Menschenrechte, Initiativgruppe Leben, Arbeitskreis Gerechtigkeit, Offene Arbeit Mockau, Arbeitsgruppe Umweltschutz, Mitglieder des Arbeitskreises Solidarische Kirche / Regionalgruppe Leipzig.

21. 11.

Es kommt zu einem Gespräch zwischen Landesbischof Dr. J. Hempel, dem LK R Auerbach, den Superintendenten Richter und Magirius sowie einigen Pfarrern und BasisgruppenmitarbeiterInnen über die Themen des konziliaren Prozesses und die Situation in der Stadt, bei dem auch die Vorgänge um das Friedensgebet besprochen wurden.

27. 11.

Die Arbeitsgruppe Friedensdienst und der Arbeitskreis Gerechtigkeit gestalten einen Aktionstag zu Bildungsfragen in der evangelischen Studentengemeinde.

28. 11.

40 BürgerInnen (darunter viele MitarbeiterInnen der »Initiativgruppe Leben«) lassen zur Dokumentar- und Kurzfilmwoche vor dem Capitol Luftballons mit der Aufschrift »Sputnik« steigen, um gegen das Verbot der sowjetischen Zeitschrift und 5 sowjetischer Filme zu protestieren. Mitarbeiter des MfS versuchten, mit brennenden Zigaretten die nichtgenehmigten Flugobjekte zu zerstören. Auf dem Heimweg werden vielfach die Personalien der Protestanten kontrolliert. Am 7. Dezember treffen Ordnungsstrafbescheide über 800,75 M gegen Gesine Oltmanns und je 200,75 M gegen Uwe Der, Fred Kowasch und Katrin Voß ein. Die Gegenbeschwerden laufen noch.

29. 11.

Aufgrund von Auseinandersetzungen über demonstrative Aktionen scheiden Jochen Läßig, Gesine Oltmanns und Katrin Hattenhauer aus dem »Arbeitskreis Gerechtigkeit« aus.

8./9. 12.

Im Zusammenhang mit für den Tag der Menschenrechte befürchteten Aktionen müssen alle Ausreise-Antragsteller der »Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreises Gerechtigkeit« die DDR überstürzt verlassen.

10. 12.

Eine »Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte«, in der auch drei Leipziger Gruppen mitarbeiten, kündigt den Beginn ihrer Arbeit an. (Die Erklärung der »Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte« ist im »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 5, S. 4 nachzulesen.)

19./20. 12.

Die »Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte« gibt die ersten Mitteilungen über Menschenrechtsverletzungen heraus.

24. 12.

BürgerInnen Leipzigs schicken ein Protestschreiben gegen die wiederholten Einschränkungen verfassungsmäßig garantierter Rechte ab:

„Verteiler: »Neues Deutschland« - Redaktion
Ministerium des Innern
Staatsrat der DDR

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, protestieren hiermit gegen die in den letzten Wochen verstärkt auftretenden Beeinträchtigungen von verfassungsmäßig garantierten Rechten.

Nicht nur uns, sondern großen Teilen der Bevölkerung ist es unverständlich, wie man öffentlich von gesellschaftlichem Fortschritt und existierender Rechtssicherheit reden kann, wenn gleichzeitig entscheidende Artikel der Verfassung praktisch außer Kraft gesetzt sind.

Dieses bezieht sich auf die Artikel, in denen das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, das Recht auf uneingeschränkte Religionsausübung und der Schutz der Persönlichkeit und Freiheit festgelegt sind.

Gerade angesichts des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember lassen die im folgenden aufgelisteten staatlichen Übergriffe und Verbote starke Zweifel an der innenpolitischen Dialogfähigkeit der Regierung der DDR aufkommen!

Wir protestieren:

– gegen die Inhaftierungen und Hausdurchsuchungen von Mitgliedern des Arbeitskreises »Vorbereitungen von Gottesdiensten« in Berlin

– gegen die Ordnungsstrafverfahren und Zuführungen in Leipzig als Folge der Friedensgebete vom 17./24. 10. 1988

– gegen die Schulstrafen und Relegierungen von Schülern der »Carl-von-Ossietzky«-EOS in Berlin

– gegen das Aufführungsverbot von fünf sowjetischen Filmen

– gegen das Verbot der sowjetischen Monatszeitschrift »Sputnik«

– gegen die Zensur von Zeitschriften und kirchlichen Wochenblättern

Diese bis in die Privatsphäre der Persönlichkeit reichenden Repressalien verletzen nicht nur die Würde des Menschen, sie untergraben jegliche Möglichkeit auf gesellschaftliche Mitgestaltung.

Wir fordern endlich Rechtssicherheit für Andersdenkende, die Aufhebung der unsinnigen Publikations- und Filmverbote sowie einen öffentlichen Problemdialog aller gesellschaftlichen Kräfte!

Unterschriften mit Adressen:

Fred Kowasch, Gesine Oltmanns, Jens Fischer, Uwe Schwabe, Anita Unger, Detlef Rückert, Gert Oehmichen, Uwe Der, Frank Sellentin, Udo Hartmann, Carola Bornschlegel, Frank Diener, Bernd Reißmann, Andreas Ludwig, Uwe Gehrke, Jochen Lärting, E. Mehlan, Bernhard Buben, Helmut Neumann, Thomas Kämpfer"

6. 1.

Doreen Penno (»Arbeitskreis Gerechtigkeit«) wird „zwecks Klärung eines Sachverhaltes" vorgeladen und zu alternativen Aktivitäten in Leipzig befragt. Am 10. 1. ist sie zu einer Zeugenvernehmung zum gleichen Thema vorgeladen.

12. 1.

In der Nacht vom 11. und 12. Januar werden Aufrufe an die EinwohnerInnen Leipzigs in viele Hausbriefkästen verteilt (siehe »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 5, S. 5).

12. 1.

Udo Hartmann, Carola Bornschlegel, Uwe Schwabe und Jochen Läßig werden verhaftet.

13. 1.
Constanze Wolf, Gesine Oltmanns, Rainer Müller, Frank Sellentin und Michael Arnold werden bekannt. Gegen 16.30 Uhr werden die ersten Verhaftungen bekannt.

14. 1.
Andree Botz und Michaela Ziegs werden verhaftet. In der Lukaskirchengemeinde bildet sich eine Kontaktgruppe aus MitarbeiterInnen des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte, die über die Verhaftungen informiert und sich für die Freilassung der Inhaftierten einsetzt. Erste Solidaritätsadressen treffen ein. In Bautzen wird die erste Fürbittandacht gehalten, und in Berlin wird über die Vorgänge in Leipzig auf einer Veranstaltung der »Kirche von Unten« informiert. Rechtsanwalt Schnur sichert seinen Rechtsbeistand zu.

15. 1.
Gegen 16.00 Uhr hält Fred Kowasch auf dem Alten Markt folgende Rede:

„*Wir haben uns hier versammelt, um an den 70. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu erinnern. Sie wurden verfolgt, weil sie sich nachdrücklich für gesellschaftlichen Fortschritt einsetzten. Wir wollen ihrer mit einem Schweigemarsch gedenken. Aber bevor wir schweigen, werden wir reden, und zwar von den erneuten massiven staatlichen Eingriffen in die Freiheit der Persönlichkeit.*

Im Vorfeld dieser Veranstaltung kam es zu 11 Verhaftungen von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gerechtigkeit und der Gruppe Leben.

Wir protestieren scharf dagegen und fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren. Des weiteren wenden wir uns gegen die erfolgten Hausdurchsuchungen und die zahlreichen Zuführungen. Dieses Vorgehen verdeutlicht, daß zur Zeit praktisch grundlegende Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt sind. Es betrifft im besonderen Andersdenkende, die sich für Reformen in der erstarrten Gesellschaftsstruktur der DDR einsetzen.

›Ein Sozialismus ist ohne die uneingeschränkte Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit nicht möglich.‹

Dieses ist und blieb eine der zentralen Forderungen Rosa Luxemburgs.

Ihrer, Karl Liebknechts und aller anderen wollen wir heute gedenken."

Anschließend setzt sich der Demonstrationszug von 800 BürgerInnen Leipzigs in Bewegung. Am Neuen Rathaus werden vom Ende des Demonstrationszuges aus 2 Polizei-LKW mit Demonstranten beladen. Dann geht es weiter in Richtung Dimitroffmuseum, wo 2 Polizei-LKW mit den Demonstranten der ersten 2 Reihen beladen werden. Hinter dem Dimitroffmuseum hindern Polizeiketten den Demonstrationszug am Weitergehen und lösen ihn auf. Dabei werden nochmals 4 Polizei-LKW mit Demonstranten beladen. Insgesamt wurden etwa 160 Personen vorläufig festgenommen. Die bereitstehenden Hundeführer und Wasserwerfer kamen nicht zum Einsatz.

21.00 Uhr: Andree Botz wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22.00 Uhr: Carola Bornschlegel, Udo Hartmann und Michaela Ziegs werden aus der Untersuchungshaft entlassen. Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach § 214 Abs. 1 + 3 laufen weiter.

16. 1.
13.00 Uhr: Fred Kowasch wird inhaftiert.

17. 1.
Constanze Wolf wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Kontaktpersonen der »Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte«, Heiko Lietz, Katrin Eigenfeld, Peter Oberthür, Wolfgang Sarstedt, Doreen Penno, Michael Kleim, werden vorgeladen und „zwecks Klärung eines Sachverhaltes" befragt.

19. 1.
G. Oltmanns, M. Arnold, F. Sellentin, U. Schwabe, R. Müller und J. Läßig werden aus der Untersuchungshaft entlassen.

20. 1.
Fred Kowasch wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Die von den Verhaftungen betroffenen Gruppen geben eine gemeinsame Erklärung ab (Text s. Teil II.1./Dok. 8).

21. 1.
Der 3. Leipziger Tag zum konziliaren Prozeß über die 3 nachgereichten Papiere der OV findet in der Michaeliskirche statt.

23. 1.
Wolfgang Sarstedt wird von seiner Arbeitsstelle abgeholt und erneut über die »Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte« befragt. Bei der Befragung versucht das MfS eine „Steuerung" aus Westberlin zu konstruieren.

Die Betroffenen verlesen in der Nikolaikirche eine Stellungnahme (der Wortlaut der Stellungnahme in: »Informationsdienst« des »Komitees zur Verteidigung und Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland«, Nr. 50, S. 19).

26. 1.
Alle Ermittlungsverfahren werden nach § 25 der StPO eingestellt.

27. 1.
Die Initiativgruppe Leben, darunter viele der gerade aus der Untersuchungshaft Entlassenen, gestaltet den 2. Leipziger Rumänientag.

Ablehnung des Pfingsttreffens der FDJ von den Studenten der Hoch- und Fachschulen

Weitere Seminargruppen an Hoch- und Fachschulen, an der Fachschule für Werbung und Formgestaltung und an der Universität Rostock haben ihre Ablehnung des in diesem Jahr geplanten Pfingsttreffens zum Ausdruck gebracht. Die Studenten sind der Meinung, daß dieses Treffen immer mehr in einem Konsum-Festival degeneriert und staatlichen Repräsentationszwecken dient. Dafür würden materielle Mittel geopfert, welche für andere gesellschaftliche Bedürfnisse, z.B. der Sanierung historischer Stadtkerne in Bezirks- und Kreisstädten und für den Umweltschutz, viel nötiger wären. An der Humboldt-Universität wurde die Forderung aufgestellt, die Mittel, welche in Studentenarbeitseinsätzen für das Pfingsttreffen erwirtschaftet werden sollen, für die nationalen Befreiungsbewegungen zu spenden. Die Studentenforderungen wurden in den FDJ- und Parteigrundorganisationen der Bildungseinrichtungen vorgetragen, teilweise von Sektionsleitungen unterstützt und an den Zentralrat der FDJ weitergeleitet.

(Quelle: »Umweltblaetter« 4/89)